



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 10.04.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Entwidmungsabsicht Parkplätze
Kühäckerstraße
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 065/25

Beschlussempfehlung:

1. Eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche Flurstück 1246 wird eingezogen. Dies betrifft 3 Längsparkplätze entlang der Kühäckerstraße.
2. Die Einziehungsabsicht ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Sorg
Stadtrat Tübek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Haag** fragt, ob die Gestaltung ähnlich der Fuchshofschule vorgesehen sei.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen bejaht dies.

Stadtrat **Zeltwanger** regt eine andere Verortung an. Die Plätze müssen nicht unmittelbar vor der Kita angebracht werden, die fußläufige Wegeverbindung solle auf direktem Weg ermöglicht werden.

Stadträtin **Liepins** sieht die Problematik aufgrund des Entfalls der Parkmöglichkeiten am Hirschgraben. Sie regt an, die Maßnahme im Stadteilausschuss zu kommunizieren.

Dies erfolge im Rahmen der weiteren Entwicklung des Quartiers, sagt die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Die Plätze liegen nicht direkt am Eingangsbereich, so die Antwort auf den Wortbeitrag von Stadtrat Zeltwanger.

Nach dieser kurzen Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

**Widmung Arsenalplatz
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 066/25

Beschlussempfehlung:

1. Der Arsenalplatz, hier: Flurstück 109/5, wird als öffentlicher Platz mit Aufenthaltsqualität und Durchwegung für Fußgänger und Radfahrer gewidmet.
2. Die Widmung ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Sorg
Stadtrat Tübek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein. Sie teilt mit, dass der Pavillon morgen aufgestellt werde.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Passaro** fragt, seit wann die Stadt Eigentümerin des Arsenalplatzes sei, da vorher die Fläche sich im Eigentum des Landes befunden habe.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht einen diagonalen Fahrradweg als problematisch an. Dieser solle auf die Randwege reduziert werden, damit in der Mitte ein geschützter Bereich erhalten bleibe.

Stadtrat **Peifer** geht auf die Barrierefreiheit ein und wünscht die Anbringung einer Rampe anstatt Treppenstufen.

Die Treppe diene auch als Zufahrtsschutz, merkt Stadtrat **Passaro** an.

Mit dem Land habe man andere Flächen bei den Hochschulen getauscht, so BM **Mannl**. Die Widmung setze ein Eigentum voraus. In der Diagonalen sei keine Barrierefreiheit gegeben. Die Anregung von Stadtrat Zeltwanger hinsichtlich der Radfahrenden werde mitgenommen.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3 Anbindung Fahrradparkhaus inkl. Perspektive Schlachthofstraße - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in das Thema Radverkehr und Radparken ein. Im Bereich des Schulcampus habe man bereits im Umfeld der Mensa deutlich mehr Fahrradbügel aufgestellt, wie auch im Bereich Freibad. Im Bereich Favorite habe man mit einem kleinen Fahrradparkhaus eine Einheit in Verknüpfung mit dem ÖPNV geschaffen. Als weitere Maßnahme nennt er die Fahrradstation auf dem Schillerparkdeck.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, zur Anbindung und zur Perspektive der Schlachthofstraße.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und wünscht ein Meinungsbild des Gremiums.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Anbindung des Fahrradparkhauses ein. Aus der Umlandstraße kommend sehe sie einen aufgeweiteten Radaufstellstreifen als wichtig an. Durch eine entsprechende Ampelschaltung solle die Durchfahrt des Tunnels in Richtung Schwieberdinger Straße, anstatt über den Schillerdurchlass, attraktiver gestaltet werden. Hierdurch könne auch eine Rechtsabbiegespur entfallen. Ansonsten könne sie mit der Darstellung mitgehen. Weiter geht sie auf die Ideen zur Schlachthofstraße ein. Eine Fahrradstraße habe sie lediglich für das Endstück gewollt, niemals vor der AOK. Durch den hohen Busverkehr sei dies zu gefährlich. Vor der AOK wünsche sie eine Gestaltung analog der Schillerstraße. Hierzu müssten jedoch alle Parkplätze entfallen, auf diese könne gut verzichtet werden, da es keine Anwohnende gebe und die AOK einen separaten Parkplatz bereitstelle. Vor der Bäckerei könne sie sich Kurzzeitparkplätze vorstellen, die auch von der Kundschaft des Supermarktes genutzt werden können. In der Hoferstraße gebe es beidseitig

Parkplätze. Sie geht auf das weitere Stück der Schlachthofstraße ein, welches sich im Kurvenbereich befinde. Die Notwendigkeit einer Anwohnerparkierung könne sie nicht beurteilen und bittet um Prüfung, wenngleich sie dort bereits parkierende Autos mit Anwohnerparkausweisen gesehen habe. In diesem Zusammenhang weist sie auf die zahlreichen Parkhäuser im Umfeld hin. Sollte es für die Anwohnenden keine Parkmöglichkeit geben, könne sie sich vorstellen den Gehweg zugunsten einer Parkierung und einer sicheren Situation vor der AOK wegzunehmen. Sie kritisiert hereinwachsendes Gestrüpp auf den Gehweg auf Bahnseite. Der Gehweg sei zu eng. Vom Schillerdurchlass bis zur Martin-Luther-Straße gebe es für die Radfahrenden keine Überholungsmöglichkeit. Viele befahren den Fußweg. Das Abbiegen aus der Hoferstraße kommend in die Schlachthofstraße sei illegal, werde aber häufig beobachtet. Durch ausparkende Autos werde der Busverkehr behindert. Für die Schülerströme sei keine Aufstellmöglichkeit gegeben. Anstatt einer Ampelanlage könne ein Baumbeet entfallen. Sie wünscht eine Vor-Ort-Besichtigung, hierzu solle der Stadtteilausschuss eingeladen werden. Sie fordert eine Lösung bis zum 29.04.2025. Ihre Wortmeldung habe sie mit der Radwegeinitiative und dem ADFC abgestimmt.

Stadtrat **Passaro** geht auf die Bahnhofstraße und die dortige Einfädelsituation ein. Für die Schlachthofstraße sehe er keine Notwendigkeit zur Einrichtung einer Radfahrstraße. Er sieht hier, wie auch im südlichen Teil keine Problematik. Er fragt nach der Anzahl der wegfallenden Parkplätze insgesamt und erinnert an den Antrag seiner Fraktion zur Beratung von wegfallenden Parkplätzen im Vollgremium. Aufgrund der Stadtbahnplanungen sollen zunächst größere Umbaumaßnahmen zurückgestellt werden.

Stadtrat **Zeltwanger** freut sich auf das Fahrradparkhaus, moniert jedoch die komplizierte Anbindung und bittet um Prüfung, ob eine Zufahrt über die Gartenstraße möglich sei. Er wünscht Zahlen und Fakten zu den jeweiligen Verkehrsbeziehungen und Knotenpunkten. Er fragt, ob für die Fahrradstraße auch eine geringere Breite möglich sei. Bezüglich der Schlachthofstraße könne er sich den Ausführungen von Stadträtin Dr. Knoß anschließen und bittet um eine getrennte Planung zum oberen und unteren Teil der Straße. Es gebe keine Gefährdung für Fußgänger und Radfahrende und somit keine Notwendigkeit. Die Parkplätze werden vom anliegenden Gewerbe genutzt. Die Pläne zur Stadtbahn sollten abgewartet werden, dies sei der Bürgerschaft sonst schwer vermittelbar. Für die Osterholzallee müsse dringend eine Lösung hinsichtlich des Fahrradweges gefunden werden.

Stadträtin **Liepins** regt an, die Überlegungen in der Stadtteilausschusssitzung zu diskutieren und die Radinitiative einzubeziehen. Im nördlichen Teil der Schlachthofstraße sehe sie keine Problematik. Der südliche Teil müsse aufwendig umgebaut werden, insbesondere wegen den Hochborden der Baumbeete. Sie fragt nach dem Aufwand.

Stadtrat **Ziemann** findet die Planungen zur Anbindung des Fahrradparkhauses gut. Er befürchtet, dass es durch eine Verdrängung in den Tunnel zu Problemen bei der Einfahrt in die Schwieberdinger Straße kommen könne. Die Planungen zur Schlachthofstraße sollen zurückgestellt und die LUCIE-Planungen abgewartet werden.

Stadtrat **Haag** hadert noch mit der Anbindung des Fahrradparkhauses und fragt nach der Ausfahrt und Wegeführung Richtung Oßweil. Im Schillerdurchlass solle der Status Quo erhalten bleiben. Perspektivisch müsse im Zusammenhang mit dem

Schulradweg die Situation diskutiert werden. Er weist auf ein hohes Fußgängeraufkommen in der Bahnhofstraße hin.

Stadtrat **Peifer** fragt, wie die Anbindung des Fahrradparkhauses in Richtung Südstadt sei. Er spricht sich ebenso für eine Vor-Ort-Besichtigung der Schlachthofstraße aus. Er weist darauf hin, dass fünf Buslinien die Schlachthofstraße passieren. Er priorisiert ebenso die Befahrung des Tunnels, wenngleich der Verkehr an der Keplerstraße gut abgeführt werden müsse.

Man habe nach einer bestandsnahen und kurzfristig umsetzbaren Lösung ohne großen Aufwand gesucht, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Der Umbau des ZOB, wie auch die Stadtbahn werde in den Planungen mitgedacht. Eine Änderung des Schillerdurchlasses sei ausgeklammert. Die Anregungen zur Schlachthofstraße werden mitgenommen, insbesondere zum unteren Teil der Straße. Bis zur kommenden Sitzung des Stadtteilausschusses sei eine Überarbeitung der Planung nicht möglich, es könne lediglich ein Stimmungsbild abgefragt werden. Die heutigen Anregungen werden in die weiteren Planungen mitgenommen. Die überarbeiteten Planungen werden erneut im Gremium vorgestellt.

In der Schlachthofstraße seien lediglich Fahrbahnmarkierungen notwendig und dadurch habe man eine niederschwellige, kostengünstige Lösung gefunden, merkt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität an. Bis zur Umsetzung der Stadtbahn erhalte man so ein gutes Angebot für die Radfahrenden, die Notwendigkeit werde gesehen. Die Lichtsignalschaltung am Knotenpunkt Schlachthofstraße, Pflugfelder Straße und Hoferstraße für Radfahrende sei derzeit nicht optimal, solle jedoch erst später in ein Gesamtkonzept einfließen. Nach dem Regelwerk des Landes Baden-Württemberg sei für eine Fahrradstraße eine Breite von 4 Metern erforderlich. Nur so seien die Maßnahmen förderfähig. Er erläutert die Verkehrsbelastung und die Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes. Die Untersuchungen gehen vom Ist-Zustand aus. Die Lichtsignalschaltung müsse an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Thematik Osterholzallee werde ausgeklammert.

Der Tunnel unter dem ZOB sei derzeit untergenutzt, fügt BM **Manni** hinzu. Hier wolle man die Ampelschaltung optimieren. Die Untersuchungen des Planungsbüros werden durch die Verwaltung geprüft, man setze einen hohen Qualitätsstandard an. Er geht auf das Fahrradparkhaus ein und teilt mit, dass die Rampe neben dem Telekomgebäude lediglich schiebbar genutzt werden könne. Die Einfahrt werde über die Bahnhofstraße gewünscht. Die Priorisierung der Schlachthofstraße begründe sich aufgrund des Radnetzes. Die Anregung zum Vor-Ort-Termin werde aufgegriffen.

Beratungsverlauf:

Ein **Vertreter** des Verkehrsministeriums informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Fahrverbote konnten in Ludwigsburg bisher vermieden werden. Die Leistung der Filtersäulen sei seit zwei Jahren gedrosselt und seit Oktober 2024 seien diese abgeschaltet.

Das Land betreue die Stadt sehr intensiv, dankt BM **Manni**. Die Bundesstraße in der Innenstadt sei eine besondere Problematik. Die nächste Anpassung stelle die Stadt vor eine Herausforderung. Er eröffnet die Aussprache.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität merkt an, dass die Filtersäulen zeitnah abgebaut werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** merkt an, dass die geänderten Grenzwerte auf Grundlage einer möglichen Gesundheitsschädigung höhergesetzt worden seien. Man solle weitere Bereiche in der Stadt messen. Die Verkehrswende sei dringend erforderlich. Sie geht konkret auf den Industrieschnee im Winter in der Weststadt ein und fragt, ob die Luftqualität an diesen Tagen besonders schlecht sei.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt, ob die Schloßstraße als Hotspot gesehen werde. Zudem will sie wissen, ob Effekte während der Coronazeit verzeichnet werden konnten.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt für die Unterstützung des Landes. Die Stadt solle sich rechtzeitig aufstellen. Er fragt, inwieweit sich Home-Office auswirke. Zudem geht er auf die Messstellen ein und fragt, ob diese an den Hotspots aufgestellt seien, beziehungsweise ein Screening des ganzen Stadtgebietes vorliege. Er wundere sich, dass Stuttgart und Reutlingen bessere Werte habe und fragt, ob eine Verwirbelung der Luft eine Verbesserung ergeben könne.

Vieles sei bereits für die Gesundheit und Lebensqualität geleistet worden, sagt Stadtrat **Maier**. Topografie und Tunneleingang verschärfen die Situation an den Messstellen. Er fragt nach den Haupttreibern.

Stadtrat **Haag** bezweifelt die Absenkung der Grenzwerte im Sinne des Gesundheitsschutzes. Er fragt, ob die Filtersäulen nach dem Abbau eingelagert werden. Er spricht die Verhältnismäßigkeit an und hofft, dass bei geringer Überschreitung dennoch Fahrverbote umgangen werden können. Zudem werde im neuen Koalitionsvertrag versucht das Verbandsklagerecht einzuschränken.

Über viele Jahre habe man in der gesamten Stadt gemessen, merkt BM **Manni** an. Der neuralgische Punkt liege an der Schlossstraße, geschuldet durch die Topografie und den Tunnel.

Der Anlass für die Absenkung der Grenzwerte liege an der Gesundheitslast, so der **Vertreter** des Verkehrsministeriums. Der Industrieschnee in der Weststadt habe thermische Gründe. Die Coronajahre haben zu einem Einbruch der Verkehrszahlen

geführt, wenngleich der Rückgang der Werte in den Jahren 2018 bis 2020 dem Dieselskandal geschuldet sei. Die Verkehrszahlen seien wieder ansteigend. Die Homeofficequote sinke tendenziell. Die Luftfiltersäulen werden nicht eingelagert, im Bedarfsfalle werde eine neuere Technik notwendig sein. Als Hauptverursacher nennt er den lokalen Straßenverkehr.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.